

Entwurf

LANDESHAUSHALTSPLAN

für die Haushaltsjahre 2018 und 2019

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des

Staatsgerichtshofs

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
10 01	Staatsgerichtshof	4
	Abschluss für den Einzelplan	22
	Stellenpläne, Stellenübersichten	29

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Staatsgerichtshof ist ein Verfassungsorgan des Landes Hessen. Seine Aufgabe ist, den in der Verfassung des Landes Hessen zum Ausdruck gekommenen Willen des hessischen Volkes zu hüten und zu bewahren.

Struktur, Zuständigkeiten und Verfahren des Staatsgerichtshofs sind in den Artikeln 130 bis 133 der Verfassung des Landes Hessen und im Gesetz über den Staatsgerichtshof in der Fassung vom 19. Januar 2001 geregelt.

Der Staatsgerichtshof besteht aus elf Mitgliedern. Fünf Mitglieder müssen Berufsrichter sein. Sie werden vom Landtag auf sieben Jahre gewählt. Die weiteren sechs Mitglieder werden für jede Wahlperiode des Landtags neu gewählt. Beim Staatsgerichtshof besteht eine Landesanwaltschaft. Sie kann als öffentlicher Kläger auch selbst Verfahren einleiten und sich an allen Verfahren beteiligen.

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 10		2019	2018	2017
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	—	—	—
2	Übertragungseinnahmen	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	—	—	—
	Gesamteinnahmen	—	—	—
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	524 500	524 500	520 400
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	286 300	286 300	286 400
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	—	—	—
7	Bauausgaben	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	—	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben	146 300	146 300	150 300
	Gesamtausgaben	957 100	957 100	957 100
	Zuschuss / Überschuss	-957 100	-957 100	-957 100

C. Personalsoll des Einzelplans 10

	S t e l l e n					
	2019	davon Leerstellen	2018	davon Leerstellen	2017	davon Leerstellen
Beamte und Richter	2,0	—,—	2,0	—,—	2,0	—,—
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Tarifbeschäftigte	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
davon Auszubildende	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Zusammen	2,0	—,—	2,0	—,—	2,0	—,—

D. Zielsystem des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen

Oberziel

Das Produkt des Einzelplans 10 dient der Umsetzung des Fachziels, das einem Oberziel zugeordnet ist. Das Oberziel des Einzelplans 10 lautet:

"Der Staatsgerichtshof des Landes Hessen verwirklicht das Rechtsstaatsprinzip und schafft Rechtssicherheit. Die Voraussetzungen für eine zeitnahe und qualitativ hochwertige Erledigung verfassungsgerichtlicher Aufgaben werden nachhaltig gesichert."

Das Fachziel des Einzelplans 10 lautet:

"Effektive Rechtsschutzgewährung und effiziente Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren sowie Rechtssicherheit gewährleisten."

Die Produktkosten ergeben sich aus dem Leistungsplan, der Teil des im Kapitel 10 01 dargestellten Wirtschaftsplans ist.

Fachziele	Plankosten 2019 1.000 EUR	Plankosten 2018 1.000 EUR	Plankosten 2017 1.000 EUR	Istkosten 2016 1.000 EUR
Fachziel: Effektive Rechtsschutzgewährung und effiziente Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren sowie Rechtssicherheit gewährleisten.	–		–	
- Bereitstellung Rechtsprechungspotential Staatsgerichtshof (Produkt 1)	977,6	978,0	983,7	943,7

E. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

-

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Staatsgerichtshof

A. Vorbemerkungen

Der Staatsgerichtshof ist ein Verfassungsorgan des Landes Hessen mit Sitz in Wiesbaden. Seine Aufgabe ist, den in der Verfassung des Landes Hessen zum Ausdruck gekommenen Willen des hessischen Volkes zu hüten und zu bewahren.

Struktur, Zuständigkeiten und Verfahren des Staatsgerichtshofs sind in den Artikeln 130 bis 133 der Verfassung des Landes Hessen und im Gesetz über den Staatsgerichtshof in der Fassung vom 19. Januar 2001 geregelt.

Der Staatsgerichtshof entscheidet:

1. über Anklagen gegen ein Mitglied der Landesregierung,
2. über die Aberkennung von Rechten aus der Verfassung des Landes Hessen,
3. über die Vereinbarkeit von hessischen Gesetzen und Rechtsverordnungen mit der Verfassung des Landes Hessen,
4. über Verfassungsstreitigkeiten,
5. über Grundrechtsklagen,
6. in Verfahren bei Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksentscheid,
7. in den sonstigen ihm durch die Verfassung oder Gesetz zugewiesenen Fällen.

Der Staatsgerichtshof besteht aus elf Mitgliedern. Fünf Mitglieder müssen Berufsrichter sein. Sie werden vom Landtag auf sieben Jahre gewählt. Die weiteren sechs Mitglieder werden für jede Wahlperiode des Landtags neu gewählt. Beim Staatsgerichtshof besteht eine Landesrechtsanwaltschaft. Sie kann als öffentlicher Kläger auch selbst Verfahren einleiten und sich an allen Verfahren beteiligen.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den §§ 7a, 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen stellen Qualitätsvorgaben dar. Sie sollen nach Möglichkeit erreicht werden.

Zur Abbildung der Kosten und Erlöse im sog. Verfahrensbereich sind eigene Kostenträger (Verfahrenskostenträger) eingerichtet. Die im Leistungsplan dafür ausgewiesenen Gesamtkosten sind verbindlich, für Überschreitungen ist § 2 Haushaltsgesetz iVm § 37 Abs. 1, 3 und 4 der Hessischen Landeshaushaltsordnung iVm § 11 Abs. 3 HG entsprechend anzuwenden. Mehrererlöse erhöhen die veranschlagten Gesamtkosten. Minderererlöse vermindern die veranschlagten Gesamtkosten nicht. Das ggf. negative Ergebnis im Verfahrensbereich wird zu Lasten des Finanzierungsbuchungskreises ausgeglichen.

Erfolgsplan

Die Verfahrenskosten gemäß Jahresergebnis Verfahrensbereich unterliegen nicht der Produktabgeltung. 50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können der Verwaltungsrücklage zugeführt werden (dies gilt nicht für das Jahresergebnis Verfahrensbereich). Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

Die im Finanzplan ausgewiesenen Investitionen sind bis zu einem Betrag von 15 v.H. gegenseitig deckungsfähig.

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2019						
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten
Produkte									
1		Bereitstellung Rechtsprechungspotential Staatsge- richtshof	11,0	977,6	-	977,6	-	11,0	978,0
Summe Produkte				977,6	-	977,6	-		978,0
Gesamtsumme				977,6	-	977,6	-		978,0

Nr	neu / weg- gef.	Verfahrenskostenträger*	Soll 2019						
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Zu-/ Abführung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten
1		Verfahrenskostenträger	-	3,0	-	3,0	-	-	3,0
Summe				3,0	-	3,0	-		3,0

Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2018			Soll 2017					Ist 2016				
Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
-	978,0	-	11,0	983,7	-	983,7	-	11,0	943,7	8,3	999,0	63,6
-	978,0	-		983,7	-	983,7	-		943,7	8,3	999,0	63,6
-	978,0	-		983,7	-	983,7	-		943,7	8,3	999,0	63,6

Soll 2018			Soll 2017					Ist 2016				
Eigene Erlöse*	Zu-/Abführung*	Ergebnis*	Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/Abführung*	Ergebnis*	Menge	Gesamt-kosten*	Eigene Erlöse*	Zu-/Abführung*	Ergebnis*
-	3,0	-	-	3,0	-	3,0	-	-	-	-	-	-
-	3,0	-		3,0	-	3,0	-		-	-	-	-

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1 :

Bereitstellung Rechtsprechungspotential Staatsgerichtshof

- IPR Nummer: 221 Rechtsprechung, Rechtspflege -

1. Erbringer

Gerichtsverwaltung beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

- Gewaltenteilungsprinzip (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz)
- Rechts(schutz)gewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3 Grundgesetz)
- Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 Abs. 1 Grundgesetz, § 1 GVG)
- Verfassung des Landes Hessen (Art. 130 bis 133)
- Gesetz über den Staatsgerichtshof

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Das die Rechtsprechung betreffende Produkt ist die Summe aller Leistungen der Gerichtsverwaltung für die Bereitstellung von Rechtsprechungspotentialen zur Erledigung der Aufgaben der Richterinnen und Richter beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen.

3.2 Leistungen zum Produkt

Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Personalkosten Richter
- Sachkosten Richter
- Vorgangsbearbeitung
- Protokoll- und Schreibdienst
- Rechtsprechungsdokumentation

4. Bezug zu politischen Zielen

Effektive Rechtsschutzgewährung und effiziente Gerichtsverwaltung auf hohem Qualitätsniveau garantieren sowie Rechtssicherheit gewährleisten.

5. Empfänger

- Hessischer Landtag (stellvertretend für die Bürger)
- Rechtssprechende Gewalt

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2019	Soll 2018	Soll 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 2014
6.1 Zählgröße/Menge							
Anzahl Richterinnen und Richter des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen	VZÄ	11	11	11	11	11	11
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)							
6.2.1 <u>Vorgabe: Effektive Rechts- und Rechtsschutzgewährung garantieren</u>							
Bereitstellungsgrad Rechtsprechungspotenziale nach Stellenplan	Prozent	100	100	100	100	100	100
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)							
6.3.1 <u>Vorgabe: Kostendeckungsgrad nicht unterschreiten</u>							
Kostendeckungsgrad	Prozent	100	100	100	106,70	115,02	108,96

7. Kostenzusammensetzung

Das Produkt umfasst Sach- und Personalkosten, soweit sie zur Bereitstellung von Rechtsprechungspotenzialen durch die Gerichtsverwaltung erforderlich sind. Die Verfahrenkostenträger sind nicht Bestandteil des Produkts.

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2019 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2017 EUR	Ist 2016 EUR
Personalkosten	524.500	524.500	520.400	443.038
Sachkosten	453.100	453.500	463.300	500.665
Kosten	977.600	978.000	983.700	943.703
Erlöse	-	-	-	-
Betriebsergebnis	-977.600	-978.000	-983.700	-943.703
Neutrale Aufwendungen	-	-	-	-
Neutrale Erträge	-	-	-	8.278
Produktabgeltung	977.600	978.000	983.700	999.000
Ergebnis	-	-	-	63.575

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2019 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2017 EUR	Ist 2016 EUR
1	550-557, 559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-	-
2	558	Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen	-	-	-	-
	5581	<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	-	-	-	-
3	540-543, 580-589, 591	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	-	-	-	-
4	500-519, 530-531, 544, 548-549	Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse	977.600	978.000	983.700	999.000
	510-513, 515-518	Erträge aus Gebühren	-	-	-	-
	514	Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern sowie Einziehungen oder Verfall	-	-	-	-
	500-509, 519, 530-531	Umsatzerlöse	-	-	-	-
	548-549	Kostenerstattungen	-	-	-	-
	544	Produktabgeltung	977.600	978.000	983.700	999.000
5	520-529	Bestandsveränderungen/ aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-
6	533-539, 545-547, 590, 592	Sonstige Erträge	-	-	-	8.278
7		Summe Erträge	977.600	978.000	983.700	1.007.278
8	600-619, 670-691, 718	Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	425.600	425.600	431.700	462.159
	600-609	Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	8.500	8.500	4.500	1.271
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Informa- tion, Reisen, Werbung	9.000	9.000	15.000	5.168
	610-619, 670-679, 690-691	Aufwendungen für bezogene Leistungen und für die Inan- spruchnahme von Rechten und Diensten	408.100	408.100	412.200	455.720
	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	-	-	-	-
9	620-649	Personalaufwand	524.500	524.500	520.400	443.037
	620-629	Entgelte	24.000	24.000	24.000	20.806
	630-639	Bezüge	493.000	493.000	488.900	416.422
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	7.500	7.500	7.500	5.809
10	660-669	Abschreibungen	23.000	23.400	27.100	34.252
	660-667, 669	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	23.000	23.400	27.100	34.252
	665	<i>davon außerplanmäßige Abschreibungen</i>	-	-	-	-
	668	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufver- mögens, soweit unüblich hoch	-	-	-	-
11	720-729	Aufwendungen aus Finanzausgleichsbeziehungen	-	-	-	-
	727	<i>davon Bundesergänzungszuweisungen</i>	-	-	-	-
12	710-717, 719, 730-739, 780-789	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-	-	-	-

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2019 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2017 EUR	Ist 2016 EUR
13	650-659, 692-699, 791	sonstige Aufwendungen	4.500	4.500	4.500	4.254
	650-659	sonstige Personalaufwendungen	4.500	4.500	4.500	4.254
	692-699, 791	Aufwendungen für Sonstiges sowie Wertkorrekturen	-	-	-	-
14		Summe Aufwendungen	977.600	978.000	983.700	943.702
15		Verwaltungsergebnis (Saldo 7 und 14)	-	-	-	63.576
16	560-563	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-	-
	560	davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-
17	564-569	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-
	5641	davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-
18	570-579	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	-
	570	davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-
19	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-
20	760-769	Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-	-	-	-
21	750-759	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-	-
	750	davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-
22		Finanzergebnis (Saldo 16 bis 21)	-	-	-	-
23		Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit (Saldo 15 und 22)	-	-	-	63.576
24	700-709, 770-779	Steuern	-	-	-	-
	770-779	vom Einkommen und vom Ertrag	-	-	-	-
	700-709	sonstige Steuern	-	-	-	-
25	595-598, 790	Erträge aus Verlustübernahme/ Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-	-63.576
	595-598	Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-	-
	790	Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-	63.576
26		Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (Saldo 23, 24 und 25) vor Rücklagenbildung	-	-	-	-
27	599	Erträge aus der Auflösung von Rücklagen	-	-	-	-
28	796	Aufwendungen aus der Zuführung von Rücklagen	-	-	-	-
29		Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-	-	-	-

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2019 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2017 EUR	Ist 2016 EUR
30	510, 514, 530	Verfahrenserträge	-	-	-	-
31	538, 539, 592	sonstige Erträge Verfahrensbereich	-	-	-	-
32		Justizspezifische Erträge Verfahrensbereich	-	-	-	-
33	617, 695	Verfahrensaufwendungen	3.000	3.000	3.000	-
34	668, 791	sonstige Aufwendungen Verfahrensbereich	-	-	-	-
35		Justizspezifische Aufwendungen Verfahrensbereich	3.000	3.000	3.000	-
36		Ergebnis Verfahrensbereich	-3.000	-3.000	-3.000	-
37	595, 790	Ertrag/Aufwand Ausgleich Verfahrensbereich	3.000	3.000	3.000	-
38		Jahresergebnis Verfahrensbereich	-	-	-	-

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen	2019 EUR	2018 EUR
Entgelte zentraler Dienstleister		
Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:		
Hessisches Competence Center (HCC)	53.200	53.200
Hessische Bezügestelle (HBS)	1.400	1.400
Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH)	188.700	188.700
2. Erläuterungen zu den Einzelpositionen:	2019 EUR	2018 EUR
Zu Pos. 8:		
VKR 600-609:		
Büromaterial	2.500	2.500
Formulare, Vordrucke	2.000	2.000
sonst. Materialaufwand	1.000	1.000
Materialaufwand Reparatur, Instandhaltung	1.000	1.000
DV/ TK - Material	2.000	2.000
VKR 680-689:		
Für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sind jeweils 1.000 EUR zur Verfügung des Präsidenten des Staatsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Ansätze sind verbindlich.		
Zeitschriften/ Bücher	3.500	3.500
Porto	1.000	1.000
Telefon/ Telefax	3.000	3.000
Reisekosten	500	500
VKR 610-619; 670-679; 690-691:		
Hier sind u.a. Aufwendungen für die Abordnung eines wissenschaftlichen Mitarbeiters an den Staatsgerichtshof in Höhe von 90.200 Euro geplant, Aufwendungen für den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen in Höhe von 188.700 Euro berücksichtigt und die Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses in Höhe von 5.000 Euro enthalten.		
Zu Pos. 9:		
VKR 620-649:		
Vergütung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs und der Landesanwaltschaft	403.500	403.500
Entgelte für Beschäftigte	24.000	24.000
Beamtengrundbezug für wissenschaftliche Mitarbeiter	64.000	64.000
Vergütung für nebenamtlich tätige Beamte	21.000	21.000
Soziale Abgaben	7.500	7.500
Rückstellungen Urlaub Beamte	4.500	4.500
Im Jahr 2018 sind Mittel in Höhe von 10.000 Euro für die Durchführung eines Festaktes anlässlich des 70. Gründungstages des Staatsgerichtshofs vorgesehen.		
Zu Pos. 13:		
VKR 650-659:		
Trennungsgeld	4.500	4.500

Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof

Wirtschaftsplan

**Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2019 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2017 EUR	Ist 2016 EUR
Mittelverwendung					
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		-	-	-	-
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	-	-	-	-
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		-	-	-	-
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	-	-	-	-
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		4.000	4.000	2.000	1.810
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.000	4.000	2.000	1.810
Investitionen in Finanzanlagen		-	-	-	-
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	-	-	-	-
Mittelverwendung zusammen		4.000	4.000	2.000	1.810
Mittelherkunft					
Eigenfinanzierung					
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitions- zuweisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-	-
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszu- weisungen/ -zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-	-
Fremdfinanzierung					
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaf- ten	-	-	-	-
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentli- chen Bereich	-	-	-	-
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisun- gen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durch- laufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	4.000	4.000	2.000	1.810
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem son- stigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-	-
Deckungsmittel zusammen		4.000	4.000	2.000	1.810

Kapitel 10 01 / Buchungskreisnummer 2040
Staatsgerichtshof

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2019 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2017 EUR
+ Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	977.600	978.000	983.700
+ Investitionen lt. Finanzplan	4.000	4.000	2.000
– Abschreibungen	23.000	23.400	27.100
– Zuführung zu Rückstellungen	4.500	4.500	4.500
+/- Zuführung aus dem/Abführung an den Landeshaushalt (Verfahrensbereich)	3.000	3.000	3.000
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	957.100	957.100	957.100

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 2017
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2019 EUR	2018 EUR	IST 2016 EUR

10 01**Staatsgerichtshof**

1. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte kann sich der Staatsgerichtshof der Einrichtungen und personellen Unterstützung des Einzelplans 05 bedienen.
2. Die Titel der Hauptgruppen 4, 5 und 9 sind mit Ausnahme der Titel 529 und 536 gegenseitig deckungsfähig und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Hauptgruppe 8.
3. Mindereinnahmen reduzieren, Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabeermächtigung deckungsfähiger Ansätze im Sinne der Nr. 2 mit Ausnahme der Titel 111 bzw. 112.

E I N N A H M E N

**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus
Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)**

112	051	Geldstrafen und Geldbußen.	—	—	—
119	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen.	—	—	—
					5 337

**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen
und Zuschüssen für Investitionen; besondere
Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame
und besondere Finanzierungseinnahmen)**

359	850	Sonstige Entnahmen.	—	—	—
389	890	Sonstige Verrechnungen.	—	—	—
					—
Gesamteinnahmen Kapitel 10 01.			—	—	—
					5 337

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2019 EUR	Ansatz 2018 EUR	SOLL 2017 IST 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
A U S G A B E N				
Personalausgaben				
412	051 Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige.	403 500	403 500	400 400 391 511
422	051 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	64 000	64 000	64 000 —
427	051 Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige.	52 500	52 500	51 500 45 947
428	051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	—	—	— —
453	051 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen.	4 500	4 500	4 500 2 392
459	051 Sonstige personalbezogene Ausgaben.	—	—	— —
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst				
511	051 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchs- gegenstände.	20 000	20 000	20 000 4 554
514	051 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	— —
517	051 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume. . . .	500	500	500 —
518	051 Mieten und Pachten.	211 000	211 000	211 100 178 697
519	051 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.	—	—	— —
525	051 Aus- und Fortbildung.	—	—	— 1 920
527	051 Dienstreisen.	500	500	500 —
529	051 Verfügungsmittel.	1 000	1 000	1 000 100
536	051 Verfahrensauslagen.	3 000	3 000	3 000 —
537	051 Beförderungskosten.	—	—	— —
538	051 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.	50 300	50 300	50 300 39 832
545	051 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.	—	—	— —

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG	Ansatz	Ansatz	SOLL 2017
Funkt.- Kennziffer	ERLÄUTERUNGEN	2019 EUR	2018 EUR	IST 2016 EUR
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
681	051 Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen.	—	—	—
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
812	051 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen.	—	—	—
Besondere Finanzierungsausgaben				
919	850 Sonstige Zuführungen.	—	—	—
Erläuterungen:				
Der Bestand der kameralen Rücklage zum 31.12.2016 beträgt 27.000 EUR.				
981	890 Verrechnungen zwischen Kapiteln.	—	—	—
989	890 Sonstige Verrechnungen.	146 300	146 300	150 300 236 991
Gesamtausgaben Kapitel 10 01.		957 100	957 100	957 100 901 947

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz	Ansatz	SOLL 2017
		2019 EUR	2018 EUR	IST 2016 EUR
Abschluss Kapitel 10 01				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben.....	—	—	—
1	Eigene Einnahmen.....	—	—	5 337
2	Übertragungseinnahmen.....	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungsein- nahmen.....	—	—	—
Gesamteinnahmen.....		—	—	5 337
4	Personalausgaben.....	524 500	524 500	520 400 439 850
5	Sächliche Verwaltungsausgaben.....	286 300	286 300	286 400 225 105
	Ausgaben für den Schuldendienst.....	—	—	—
6	Übertragungsausgaben.....	—	—	—
7	Baumaßnahmen.....	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben.....	—	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben.....	146 300	146 300	150 300 236 991
Gesamtausgaben.....		957 100	957 100	957 100 901 947
Zuschuss/Überschuss.....		-957 100	-957 100	-957 100 -896 609

Abschluss für den Einzelplan 10
Haushaltsjahr 2018

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	Eigene Einnahmen EUR	Übertragungseinnahmen EUR	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR
10 01	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—
	Insgesamt:	—	—	—	—	—

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
524.500	286.300 —	—	—	—	146.300	957.100	-957.100
524.500	286.300 —	—	—	—	146.300	957.100	-957.100

Abschluss für den Einzelplan 10
Haushaltsjahr 2019

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben EUR	Eigene Einnahmen EUR	Übertragungseinnahmen EUR	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen EUR	Gesamteinnahmen EUR
10 01	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—
	Insgesamt:	—	—	—	—	—

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
524.500	286.300 —	—	—	—	146.300	957.100	-957.100
524.500	286.300 —	—	—	—	146.300	957.100	-957.100

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2018

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2018 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2018 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2019

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2019 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2019 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

Kapitel 10 01
Staatsgerichtshof

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	2019	Stellen 2018	(2017)
----------	---------	------	-----------------	----------

A 15	(001)	2	2	
------	---------	---	---	--

Aufsteigende Gehälter

Regierungsdirektor/in

Die Stellen dürfen auch mit einem Richter oder Staatsanwalt der Bes.Gr. R 1 oder R 2 besetzt werden.

		2	2	(2)
--	--	---	---	-------